

Sächsische Zeitung

**Weschäftsstelle, Druck u. Verlag i. Germania, E. & H.
dr. Beier und Brüderel, Alinie Dresden, Dresden-N. L.
Fotostudio 11, Bernau 21012, Postdirektion Dresden
"Rennsteig" Sachsen Dresden Nr. 8211**

Für christliche Politik und Kultur

Wiederholung der Gemeindlichen Volkszählung
Dresden-Altstadt 1. Volkszählung 11. Februar 2011
und 2012.

Lohn und Wirtschaft

Man kann die Höhe des Lohnes unter zweierlei Gesichtspunkten betrachten, unter dem sozial-ethischen und unter dem rein wirtschaftlichen. Sozial-ethisch wird die Forderung lauten müssen: Die Höhe des Lohnes muß dem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz und Befriedigung der wichtigsten Kulturbedürfnisse gestatten. Wirtschaftlich betrachtet lautet die Forderung: Der Lohn muß sich der gesamten Wirtschaftslage und dem Stande des einzelnen Unternehmens anpassen. Die beiden Forderungen brauchen sich an sich nicht zu widersprechen, können es aber. Wir sind durchaus der Meinung, daß ein Unternehmen, das infolge seiner wirtschaftlichen Lage einen menschenwürdigen Lohn nicht zahlen kann, kein Recht zur Existenz hat. Wir sind aber auch der Auffassung, daß, wenn beim Lohn die Voraussetzung der menschenwürdigen Existenz gegeben ist, auf der anderen Seite auch die wirtschaftlichen Verhältnisse von größtem Einfluß auf die Lohnhöhe sein müssen. Wir wissen sehr genau, daß man über den Begriff „menschenwürdige Existenz“ nun ebenfalls wieder streiten kann, aber dieser Begriff ist in diesem Zusammenhang nicht zu definieren. Wenn diese äußerste Grenze des Lohnes erreicht ist, fehlt das Streben ein, einen noch höheren Lohn zu erhalten, ein Streben, das sowohl vom sozialen, wie auch vom wirtschaftlichen Standpunkte nur begrüßt werden kann, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

Es ist nun leider eine Tatsache, daß trotz der vielen Lohnerhöhungen, die wir nun seit Jahren schon beobachten können, das Realeinkommen meder des Beamten noch des Arbeiters gestiegen ist. Der berühmte Wirtschaftler Kassel war es, wenn wir nicht irren, der neulich den Satz prägte: „Eine Lohnerhöhung ist nur bei gleichbleibenden oder sinkenden Warenpreisen gerechtfertigt.“ Eine Erhöhung des Reallohnes kann in zweierlei Weise eintreten: entweder durch eine Senkung des Preissnitts aus der wichtigsten Nahrungsmittel und Bedarfsgüterwände oder durch eine Erhöhung des Nominal- und Realeinkommens. Sie tritt nicht ein durch eine bloß nominelle Erhöhung des Einkommens, das heißt sie tritt dann nicht ein, wenn trotz der Erhöhung des Lohnes nur dieselbe Menge Ware gekauft werden kann wie bisher. Eine derartige Lohnerhöhung ist eine Täuschung. Das wäre an sich nicht schlimm, wenn eine solche Erhöhung nicht noch andere weittragende Folgen hätte. Diese bestehen darin, daß es immer viele Menschen gibt, deren Einkommen der Nominalerhöhung für einen bestimmten Kreis nicht folgen, die aber genötigt sind, die höheren Preise anzulegen. Diese Menschen erleiden also durch eine derartige Erhöhung des Nominallohnes eine Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen, sie müssen ihre Lebenshaltung einschränken. Eine derartige Lohnerhöhung hat aber des weiteren die höchst nachteilige Auswirkung, daß sie uns unter Umständen im Auslande konkurrenzunfähig macht, denn das Ausland kümmert sich selbstverständlich um Lohnerhöhung in Deutschland nicht. Konkurrenzunfähigkeit unserer Industrie im Ausland aber bedeutet Unmöglichkeit der Ausfuhr und letzten Endes Arbeitslosigkeit.

Das Wesentliche ist, um es noch einmal zu sagen, daß die Lohnerhöhung eine Erhöhung des Reallohnes ist, also eine tatsächliche Erhöhung der Haushaltskraft für den einzelnen bedeutet. Wir sagten eben, daß jede andere Lohnerhöhung Täuschung ist, man kann noch weitergehen und sagen, daß jede andere Lohnerhöhung frevelhaft sein kann, gerade wegen der Wirkung auf die Kreise, denen man mit der Erhöhung etwas geben will. Aber, so wendet man ein, ist es denn nötig, daß zugleich mit einer Lohnerhöhung auch die Preise steigen? Die Frage ist wie folgt zu beantworten: Jede Lohnerhöhung muß preissteigernd wirken, wenn sie nicht durch erhöhte Produktivität der Arbeit ausgeglichen wird. Die Möglichkeit, eine Lohnerhöhung etwa durch Verminderung der Gewinnspanne des Unternehmens auszugleichen, erscheint heute in den meisten Fällen als ausgeschlossen, wäre allerdings auch von geringer Wirkung; die Fortdauerung wird im übrigen auch kaum mehr vertreten. Selbstverständlich könnte die Lohnerhöhung ausgeglichen werden durch erhöhte Rationalisierung der Produktion. Hier kommt es darauf an, ob die Möglichkeit zu einer solchen gegeben ist. Von der Industrie darf man mit Recht sagen, daß sie hinsichtlich der Rationalisierung bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist, und daß eine weitere Rationalisierung nach amerikanischem Muster das Gegenteil dessen bringen wird, was mit ihr erstrebt wird. Ob Rationalisierung beim Handel noch möglich ist, soll dahingestellt sein. Nationa-

Reparationsfrage und Stresemann-Rede

Erst in acht Tagen eine entscheidende Antwort an Deutschland zu erwarten

Schleppende Verhandlungen

Paris, 22. November.

Havas berichtet aus London, daß die Gerüchte, die von einer Meinungsverschiedenheit zwischen den alliierten Regierungen über die Einberufung der Reparationskonferenz wissen wollen, falsch seien. Richtig sei dagegen, daß die interessierenden Regierungen von Anfang an in völlig normaler Weise ihre Verhandlungen geführt hätten. Die Antwort der englischen Regierung, die dem deutschen Botschafter in London übermittelt wurde, enthalte die Ausfassung der englischen Regierung, die bereits von Lord Thurlow den Vertretern der alliierten Regierungen mitgeteilt worden sei.

Zuerst erwartete man eine Antwort der deutschen Regierung auf das letzte englische Memorandum. Erst dann werde die Mitteilung der alliierten Regierungen erfolgen, daß sie die Einladung der Reichsregierung annehmen, eine Antwort, die in etwa acht Tagen erfolgen dürfte. Interessant sei, festzustellen, so führt die Havasnote aus, daß man in englischen, meist gut unterrichteten Kreisen, der Auffassung sei, daß die Arbeitsergebnisse der beiden Kommissionen sich unabhängig von der Lösung der Krise der Rheinlandfräumung abspielen würden. Die Rede Stresemanns werde in Londons offiziellen Kreisen als bestätigend bezeichnet.

Paris, 20. November.
In Pariser politischen Kreisen ist es allgemein anzufassen, dass sich der französische Ministerrat, der am heutigen Dienstag vormittag stattfand, so wenig mit der äusserpolitischen Lage beschäftigt hat. Wie hierzu verlautet, ist man der Ansicht, dass vor allem die Rede Stresmanns, die nach französischer Auffassung in mehreren Punkten der französischen These und dem Versailler Vertrag entgegengesetzt sei, eine besonders eingehende Aussprache erfordere. Außerdem werde Poincaré mit den Botschaf- ter alliierten Ländern und mit Parler Gilbert neue Unterhaltungen haben müssen, bevor endgültige Entscheidungen über die bevorstehenden Verhandlungen zur Revision des Dawesplanes fallen könnten. Die Prüfung

dieser wichtigen Fragen werde deshalb bis zum Kabinettsrat am kommenden Donnerstag und zum Ministerrat am kommenden Sonnabend zurückgestellt werden.

Wie "Echo de Paris" erhält, werden außer dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, als französischer Vertreter im Finanzfachverständigenausschuss zur Prüfung der Reparationsfrage Quesnay von der Bank von Frankreich und Professor Allitz vom Sorbonne, der sich bereits in einer Mission in Berlin aufgehalten habe, genannt, da Sergent und Parmentier die Übernahme dieser Posten abgelehnt hätten.

Moskau trifft Deutschland zur Seite

Kewmo, 20. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Rede Dr. Stresemanns im Reichstag in russischen offiziösen Kreisen mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Man bedauert, daß der Minister in seiner Rede die deutsch-russischen Beziehungen mit seinem Wort erwähnt hat. Die Kritik über das englisch-französische Abkommen sei nicht genügend scharf gewesen, wie es angesichts der großen Bedeutung dieser Angelegenheit zu erwarten gewesen wäre. Die Anklagen gegen Frankreich und England bewiesen, daß die deutsche Außenpolitik das englisch-französische Flottenabkommen gegen Amerika und Russland nicht billige. Die drei Fragen: Rückumung, Reparation und Rüstung würden in der Form, wie sie vom Reichsaußenminister hervorgehoben wurden, von russischer Seite volle Unterstützung finden, soweit sie dem Frieden dienen.

Sondes, 20. November.

Wie Neuter erfährt, hat die gestrige Rede des Reichsministers Dr. Stresemann in amtlichen Kreisen Großbritanniens wenig Überraschung verursacht. Man ist der Ansicht, daß die Rede lediglich eine wiederholende Darstellung der deutschen Ansichten über die Frage der Reparationen und der Rheinlandbeziehung ist. Die Rede wird als eine im ganzen durchaus sachgemäße Darlegung des Falles angesehen, wie er sich vom deutschen Standpunkt aus ergibt. Es wird anerkannt, daß die allgemeine Tonart der Rede in vieler Beziehung freundlich ist.

lifizierung bedeutet selbstverständlich ebenfalls Erhöhung der Produktivität der Arbeit.

Ist nun aber die Forderung nach Erhöhung der Produktivität der Arbeit bei einer Lohnerhöhung auch wirklich die Voraussetzung für diese Lohnerhöhung, immer verstanden als Reallohnerhöhung, also Erhöhung der Kaufkraft? Ein einfaches Beispiel mag zeigen, daß eine Lohnerhöhung, falls die Voraussetzungen der vermehrten Produktivität der Arbeit nicht vorliegen, immer eine Steigerung der Preise im Gefolge haben muß. Das Beispiel: ein Handwerker, etwa ein Schuhmacher, beschäftigt zwei Gesellen, die zufälligerweise auch noch Söhne des Meisters sein sollen. Beide Gesellen haben bisher je einen Wochenlohn von 60 Mark bekommen. Die beiden werden nun bei ihrem Meister und Vater vorstellig, er möge doch ihren Wochenlohn auf 80 Mark erhöhen. Was wird der Meister erwideren? Er wird sagen: „Dann bin ich genötigt, meine Schuhpreise zu erhöhen, denn nur auf diese Weise ist es mir möglich, euch den höheren Lohn zu geben.“ Selbstverständlich könnte er auch sagen: „Wenn ihr in der gleichen Arbeitszeit um ein Drittel mehr arbeitet, kann ich es auch machen ohne Preiserhöhung.“ Ob aber diese Möglichkeit der Mehrarbeit gegeben ist, ist eine andere Frage. Sie wird zu verneinen sein, wenn der Betrieb schon bisher mit allen nötigen Maschinen — oder so rationell als möglich — gearbeitet hat. Bleibt also nur: Preiserhöhung. Was für den kleinen Meister gilt, gilt für die gesamte Volkswirtschaft. Auch hier muß bei Lohnerhöhungen eine Preissteigerung eintreten, falls nicht die Voraussetzung der erhöhten Produktivität der Arbeit gegeben ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Hochkonjunktur des Jahres 1927 vorbei ist. Industrie und Handel haben schwer zu kämpfen. Bei den hohen Preisen, die Deutschland durchweg hat, wird der Kampf um den Auslandsabsatz immer schwerer. In vielen Exporterzeugnissen ist das Ausland heute viel billiger als Deutschland es sein kann. Eine Unterbindung des Exports aber hat Arbeitslosigkeit zur Folge, ganz abgesehen

davon, daß wir ohne Export die ungeheuren Anforderungen, die von unseren früheren Feinden an uns gestellt werden, niemals erfüllen können. Wir erleben heute in der westdeutschen Eisenindustrie einen schweren Lohnkampf. Ohne genaue Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenindustrie ist es natürlich schwer, ein absolutes Urteil zu fällen; aber unbestritten ist auf jeden Fall, daß auch die Eisenindustrie einen schweren Kampf um ihr Bestehen kämpft; unbestritten ist ferner, daß wir im Zeichen niedergehender Konjunktur sind. Gerade die letztere Tatsache läßt aber eine Eisenpreiserhöhung außerordentlich gewagt erscheinen, für den Inlandsabsatz sowohl wie für den Auslandsmarkt. Der Hansa-Bund hat neulich eine Zusammenstellung veröffentlicht, wonach eine Anzahl von Auslandsaufträgen und die verschiedenen Angebote darauf neben-einander gestellt wurden. Es zeigte sich dabei, daß Italien, Holland, Norwegen, Rußland, Schweden, Amerika, Belgien, Griechenland, Luxemburg, Frankreich durchweg billigere Angebote machen konnten, als die Selbstkosten der deutschen Konkurrenz waren. Es soll hier nicht untersucht werden, worauf diese Möglichkeit zurückzuführen ist, aber eines muß gesagt werden: wenn die Eisenpreise erhöht werden, so werden wir im Auslande noch weniger konkurrenzfähig sein, als wir es heute schon sind. Wir wollen und können nicht in dem schweren Kampf, der im Westen gehämpft wird, Stellung nehmen für den einen oder anderen. Worauf es uns hier ankommt, ist lediglich die Beantwortung der Frage: Soll und kann die nur nominelle Erhöhung des Lohnesinkommens so weitergehen, hat der Arbeiter ein Interesse an einer derartigen Entwicklung? Beide Fragen sind mit einem glatten Nein zu beantworten. Wenn die Erhöhung des Lohnes nicht eine solche des Reallohnes sein kann, sollte man von Lohnforderungen ablehnen. Momente taktischer, etwa gewerkschaftlicher Natur, dürfen hier nicht ausschlaggebend sein.

Wir glauben auch, daß die christlichen Gewerkscha-